

Berliner Appell für eine Ausbildungsumlage

Wir müssen die Zahl und die Qualität von Ausbildungsplätzen in Berlin erhöhen!

In keinem anderen Bundesland suchen so viele Jugendliche erfolglos einen Ausbildungsplatz. In keinem anderen Bundesland ist die Zahl der ausbildenden Betriebe so gering wie in Berlin. Unternehmen und ihre Verbände machen es sich zu leicht, wenn sie darauf verweisen, keine geeigneten Bewerber*innen zu finden und die Schuld auf Schulen, Eltern und letztlich die Jugendlichen selbst schieben. 9 von 10 Berliner Betrieben bilden überhaupt nicht aus. Jahr für Jahr gehen tausende Jugendliche in Berlin ohne Ausbildungsplatz leer aus. Das muss sich endlich ändern!

Wer Fachkräfte haben will, muss ausbilden. Und nur eine gute Ausbildung ist attraktiv.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch in Berlin die Möglichkeit hat, den individuellen Stärken und Interessen entsprechend bestmöglich ausgebildet zu werden. Dass diese Vision Wirklichkeit wird, geht uns alle an: Gute Ausbildungsangebote schaffen nicht nur attraktive Zukunftsperspektiven für junge Menschen, sondern sind auch eine zentrale Voraussetzung zur Bewältigung des Arbeits- und Fachkräftemangels.

Wir fordern die Ausbildungsumlage - für mehr und bessere Ausbildungsplätze in Berlin!

Betriebe, die durch gute Ausbildung jungen Menschen eine Perspektive bieten, verdienen für ihren Einsatz Anerkennung und bei Bedarf Unterstützung. Die Einführung eines umlagefinanzierten Zukunftsfonds für Ausbildung ("Ausbildungsumlage") ist ein wirksames Instrument, das dazu beitragen kann, Ausbildungsquote und Ausbildungsqualität zu erhöhen. Viele Branchenverbände und Innungen haben dies längst erkannt und gemeinsam mit den Gewerkschaften Ausbildungsumlagen auf Basis allgemeinverbindlicher Tarifverträge eingeführt. Sowohl diese tariflichen Umlagen als auch die 2020 eingeführte gesetzliche Ausbildungsumlage im Pflegebereich zeigen deutlich: Die Umlage ist kein Allheilmittel, aber sie wirkt! Sie belohnt ausbildende Betriebe und schafft mehr Ausbildungsplätze, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Sie eröffnet neue Möglichkeiten zur Förderung der Ausbildungsqualität. Und sie schafft mehr und bessere Perspektiven für junge Menschen, die eine duale Ausbildung anstreben.

Wir brauchen mehr attraktive Ausbildungsplätze für junge Menschen für einen gelungenen Einstieg ins Berufsleben! Wir brauchen mehr qualitativ gute Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs! Wir brauchen eine Ausbildungsumlage, für Berlin & die Berliner*innen!

Zum Hintergrund:

Die "Ausbildungsumlage" ist ein solidarisches Finanzierungssystem, mit dem auch nicht ausbildende Betriebe sich an den Kosten der Berufsausbildung von Ausbildungsbetrieben beteiligen.

Auf Grundlage des Koalitionsvertrags zwischen CDU und SPD wurde im Bündnis für Ausbildung vereinbart, dass in Berlin eine solche Ausbildungsumlage eingeführt wird, wenn im Zeitraum vom 31.12.2023 bis zum 31.12.2025 keine 2.000 zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Da diese Zahl absehbar nicht erreicht wird, hat die IHK Berlin jüngst ihre Mitgliedsunternehmen aufgefordert, Ausbildungsplätze zu schaffen, um die Einführung einer Ausbildungsumlage zu verhindern. Dieses Vorgehen zeugt von mangelndem Problembewusstsein und ist kein Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der betrieblichen Ausbildung.

Ort, Datum

Name (lesbar) und Unterschrift

Funktion/Organisation (**freiwillig**)

Mit meiner Unterschrift erkläre ich, dass ich die rückseitig aufgedruckten Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen habe und mit der dort angegebenen Verwendung meiner Daten einverstanden bin.

Einverständniserklärung

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO). Die Daten werden von der **Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG Geschäftsstelle Berlin, Reinhardstraße 23, 10117 Berlin)** bis zur Übergabe der Unterstützerliste an Senatorin Cansel Kiziltepe, Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, gespeichert.

Die Einwilligungserklärung ist freiwillig, Sie können Ihre Einwilligung jederzeit bis zur Übergabe der Daten widerrufen. Dafür genügt eine E-Mail an **evg-jugend.berlin@evg-mail.org**.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Ihnen ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und ein Recht auf Widerruf der Verarbeitung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO) zusteht. Darüber hinaus haben Sie ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO). Die für **Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG Geschäftsstelle Berlin)** zuständige Aufsichtsbehörde ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Sie erklären sich mit Ihrer umseitigen Unterschrift damit einverstanden, dass die von Ihnen erteilten personenbezogenen Angaben von der **Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG Geschäftsstelle Berlin)** zum Zweck der Übergabe des Appells und der Unterstützerliste an den Berliner Senat verarbeitet werden dürfen.